

**Gleichheit *oder* Leistung,
Mittelwerte *und* Standardabweichungen.
Über die Aussagekraft von Standardabweichungen für
die Analyse von Wertpaaren am Beispiel des Wertwandels
nach der deutschen Wiedervereinigung.**

von Heiner Meulemann¹

Zusammenfassung

*Werte können isoliert betrachtet werden, aber sie treten auch als Paare auf, die durch Argumente miteinander verbunden sind. Entsprechend kann man die Zustimmung zu oder die Entscheidung zwischen Werten erfragen. In Entscheidungsfragen gewinnt die Standardabweichung als Indikator der Polarität eine besondere inhaltliche Bedeutung. Das wird am Beispiel von Gleichheit und Leistung in den beiden deutschen Landesteilen nach der Wiedervereinigung gezeigt. In zwei Zustimmungsfragen des ALLBUS 1991-1998 zu Leistung und in zwei Entscheidungsfragen zwischen Leistung und Gleichheit aus dem ipos-Inventar 1990-1995 zur erwünschten Gesellschaftsform wächst die Distanz zwischen den Landesteilen, weil die ostdeutsche Identifikation mit Leistung kontinuierlich zurückgeht, während die westdeutsche konstant bleibt. Aber in dem ipos-Inventar wächst auch die Standardabweichung in Ostdeutschland, während sie in Westdeutschland konstant bleibt. Darüber hinaus stimmen die Ostdeutschen 1991 bis 1995 nicht nur der Gleichheit, sondern auch der Leistung stärker zu als die Westdeutschen, so daß die Standardabweichungen in Ostdeutschland ansteigen. Beides wird als **Zusammenwirken** der „Sozialisation“ in der DDR und der „Situation“ der Transformation erklärt: Die relativ positive, weil in der DDR nicht auf die Probe gestellte Einstellung der Ostdeutschen zum Leistungsprinzip trifft nach der Vereinigung erstmals auf Erfahrungen, die teils günstig, teils ungünstig sind. Methodisch wird empfohlen, Alternativen nicht nur formal durch Benennung der Pole,*

1 Dr. **Heiner Meulemann** ist ordentlicher Professor am Institut für Angewandte Sozialforschung, Universität zu Köln, Greinstraße 2, D-50939 Köln, Tel. 0221 470 5169, e-mail: meulemann@wiso.uni-koeln.de

Ich danke **Markus Klein** und **Ulrich Rosar** für hilfreiche Kommentare.

sondern auch inhaltlich durch Explikation der Argumente zu formulieren und die Ergebnisse nicht nur mit Mittelwerten, sondern auch mit Standardabweichungen zu analysieren.

Abstract

Values can be considered separately, but they also come as pairs that are related by arguments. Accordingly, one may design survey questions which request agreement to a single value or which request a decision between conflicting values. As for the latter, standard deviations gain a specific substantive meaning; they measure the polarity within the population. This is demonstrated with reference to equality and achievement in East and West Germany after reunification. According to two questions requiring agreement to each value separately (from the ALLBUS) and two questions requiring a decision between both values (from the ipos-institute), the distance between both parts of Germany increases; this is so because the endorsement of achievement diminishes steadily in East Germany and remains constant in West Germany. But as far as the questions requiring a decision are concerned, the standard deviation increases in East Germany as well, while it remains constant in West Germany. From 1991 to 1995, moreover, East Germans not only endorse equality more strongly than West Germans, but they endorse achievement as well: this results in an increase of the standard deviations in East Germany. Both results are explained by the interaction of the “socialization” in the GDR and the “situation” of the transformation after the fall of the GDR. East Germans endorse achievement more strongly than West Germans because this value has not been seriously tested in the inefficient economy of the GDR; after unification, however, this positive attitude is tested for the first time by experience, which is partly positive, partly negative. As far as methodology is concerned, two recommendations are given: first, to design survey questions for conflicting values not only by naming the extremes but also by giving explicit arguments for each value as opposed to the other; second, to consider not only means in the analysis, but standard deviations as well.

Werte und Wertpaare, Zustimmung und Entscheidung

Wenn Werte „Vorstellungen des Wünschbaren“ (**Kluckhohn** 1951: 395) sind, dann sind Konflikte zwischen ihnen unvermeidlich. Es gibt vielerlei „Wünschbares“, und man kann nicht – wie **Inglehart** es im Vorspann seiner Postmaterialismus-Frage formuliert – „alles auf einmal haben“. Aber der Konflikt kann unterschiedlich schwer sein. Wer vieles will, muß zunächst eines – eben das ihm „wertvollere“ – und dann das andere wählen. Die Rangfolge offenbart eine persönliche Präferenz, einen „Geschmack“, über den man nicht sinnvoll streiten kann. Für den einen gilt: erst Lebensunterhalt, dann Lebenssinn, erst Sicherheit, dann Schönheit, „erst das Fressen, dann die Moral“. Aber für andere war es auch in der größten Not der Nachkriegszeit wichtig, ins Theater und in die Kirche zu ge-

hen. Personen können also Konflikte in der Zeit so oder so auflösen. Aber der staatlichen Politik ist dieser Ausweg verwehrt. Jede Gesetzgebung zur Abtreibung muß auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Lebens eingehen; sie muß dem einen oder dem anderen Wert mehr Gewicht geben. Jede Wirtschaftspolitik muß sich zwischen Wachstum und Umweltschutz, zwischen Inflation und Vollbeschäftigung entscheiden.

Werte können also in Paaren auftreten, die spannungsreich miteinander verbunden sind. Das zentrale Wertepaar moderner Industriegesellschaften ist Gleichheit und Leistung. Gleichheit und Leistung haben viele Bedeutungen, und Nuancen des einen Werts lassen sich nicht ohne Bezug auf den anderen bestimmen. *Gleichheit der Chancen* ist in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiert, der ausschließt, daß einzelne aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit bevorzugt oder benachteiligt werden. Wenn Gleichheit der Chancen bestanden hat, ist Ungleichheit der Ergebnisse gerechtfertigt. Dann nämlich sollte die Ungleichheit der Ergebnisse Unterschiede der Leistung widerspiegeln. Leistung ist im Grundgesetz zwar nicht ausdrücklich garantiert, aber kann als Implikation des Grundrechts der freien Entfaltung der Persönlichkeit nach Artikel 2 verstanden werden. *Leistung* ist die Erfüllung selbst gesetzter, aber objektiv prüfbarer Maßstäbe - vornehmlich in der beruflichen Arbeit, aber auch in der Freizeit, also in Familie, Politik, Sport oder Kirche. Die Erledigung einer beruflichen Aufgabe kann ebenso eine Leistung sein wie die Mobilisierung einer Anhängerschaft, der Sprung über die Latte oder die korrekte Wiedergabe einer Partitur. Leistung dient der Selbstverwirklichung, der Unterscheidung des Ichs von den anderen; und das *Leistungsprinzip* bestimmt, daß soziale Ungleichheit nur nach dem Maß unterschiedlicher Leistung bestehen, also durch Leistung gerechtfertigt sein soll. Sie bringt Ungleichheit hervor und mehrt – unter günstigen institutionellen Bedingungen – mit der Verwirklichung des Selbst auch den Nutzen aller. Die *Gleichheit der Ergebnisse* nivelliert dagegen Unterschiede der Leistung und widerspricht dem Leistungsprinzip. Sie dient dennoch in einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie als Maßstab, um im Namen sozialer Grundrechte und sozialer Solidarität negativ bewertete Konsequenzen der Chancengleichheit und des Leistungsprinzips zu kompensieren – um also für jeden ein nicht unterschreitbares Minimum der Gleichstellung zu garantieren. Leistung ist also zugleich Partnerwert der Gleichheit der Chancen und Gegenpol zur Gleichheit der Ergebnisse.

So wie Werte nicht nur für sich, sondern auch in Paaren auftreten, so kann die Zustimmung zu oder die Entscheidung zwischen Werten erfragt werden. Was das Paar Gleichheit und Leistung angeht, so wurde die Zustimmung für jede Seite wie die Entscheidung zwischen ihnen erhoben (für Beispiele siehe *Meulemann* 1996: 283-291). Zustimmungs- wie Entscheidungsfragen werden in erster Linie mit Mittelwerten (einschließlich des Sonderfalls der Prozentwerte), seltener aber mit Standardabweichungen analysiert. Bei Entscheidungs-

fragen aber verdient die Standardabweichung eine besondere, inhaltlich begründete Aufmerksamkeit: Wenn zwei Werte sich gegenüberstehen, dann ist die Standardabweichung ein Maß für die Polarität der beiden Werte. Das soll im folgenden an der Entwicklung des Wertpaars Gleichheit und Leistung in den beiden deutschen Landesteilen nach der Wiedervereinigung gezeigt werden.

Mittelwerte in Zustimmungs- und Entscheidungsfragen

Die alte Bundesrepublik und die DDR boten ihren Bevölkerungen unterschiedliche Chancen, sich mit Gleichheit und Leistung zu identifizieren. Die alte Bundesrepublik war eine Marktwirtschaft mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln, die DDR eine Planwirtschaft mit staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln. Die soziale Sicherung diente in der alten Bundesrepublik dem Schutz gegen Risiken, in der DDR der risikounabhängigen Versorgung. Der Bürger der alten Bundesrepublik mußte seinen Arbeitsplatz finden und sich um sein eigenes Wohl kümmern; der Bürger der DDR erhielt einen garantierten Arbeitsplatz zugewiesen und war mit betrieblichen Sozialleistungen vom Krippenplatz bis zur Urlaubsfahrt versorgt. In der alten Bundesrepublik gab die Sozialverfassung der Person mehr Optionen, in der DDR mehr Sicherheiten. Aber Wahlmöglichkeiten fordern Individualismus heraus, Sicherheiten gelten für alle gleichermaßen; Individualismus ist mit Leistung, Sicherheit mit Gleichheit verbunden. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung sollte daher den Westdeutschen Leistung und den Ostdeutschen Gleichheit wichtiger sein. Aber mit der Einübung in die neue westdeutsche Sozialverfassung sollten die Ostdeutschen sich auch in ihren Werthaltungen den Westdeutschen annähern. Treffen diese beiden Erwartungen zu, wenn man zunächst eine Zustimmungsfrage, dann eine Entscheidungsfrage betrachtet?

Im ALLBUS (ZA-Studien-Nrn. 1795, 3000) müssen die Befragten zwei Aussagen, die das Leistungsprinzip umschreiben, auf vier Stufen zustimmen. Erstens: „Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“ 1991 stimmten 53% der West- und 45% der Ostdeutschen (auf der ersten oder zweiten Stufe) zu; der Westen bejaht das Leistungsprinzip nur wenig stärker als der Osten. 1994 hingegen stimmen 57% der Westdeutschen und 35% der Ostdeutschen, 1998 52% und 27% zu. Statt zu schrumpfen wächst die Prozentsatzdifferenz von 8 auf 22 und 25 Prozentpunkte an. Zweitens: „Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.“ 1991 stimmen 64% der West- und 58% der Ostdeutschen zu – wiederum bejaht der Westen das Leistungsprinzip kaum stärker als der Osten. 1994 stimmen 62% der West- und 44% der Ostdeutschen zu, 1998 63% und 43%. Wiederum schrumpft die Prozentsatzdifferenz nicht zusammen, sondern wächst von 6 auf 18 und 20 Prozent-

punkte an. Für beide Aussagen ist der westdeutsche Vorsprung wider Erwarten gering, für beide Aussagen entfernen sich die Landesteile wider Erwarten voneinander.

In der ipos-Zeitreihe Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik (ZA-Studien-Nrn. 1937, 1967, 2120, 2288, 2396, 2625) müssen die Befragten zwischen 9 polaren „Beschreibungen von Gesellschaften, wo Sie lieber leben wollen“, wählen. Das Wertepaar Gleichheit und Leistung wird in diesem Inventar zweimal, mit Bezug auf den Lebensstandard und auf das Einkommen erfaßt; die Befragten müssen sich auf einer 7-stufigen Skala entscheiden zwischen „einer Gesellschaft, in der der *Lebensstandard* des einzelnen in erster Linie von seiner Leistung abhängt“ (Wert 1) und „einer Gesellschaft, die dem einzelnen einen gewissen *Lebensstandard* sichert, auch wenn er weniger leistet“ (Wert 7), sowie zwischen „einer Gesellschaft, die Unterschiede in Fähigkeiten, Bildung und Leistung *finanziell* belohnt“ (Wert 1) und „einer Gesellschaft, die Wert auf ähnlich hohe *Einkommen* für jeden legt“ (Wert 7), so daß hohe Werte die Entscheidung für Gleichheit und niedrige Werte die Entscheidung für Leistung darstellen. Die Mittelwerte in West- und Ostdeutschland sowie die Differenzen zwischen beiden Landesteilen für beide Entscheidungen zwischen 1990 und 1995 sind in Spalte (1) bis (3) der Tabelle 1 dargestellt. In beiden Entscheidungen favorisieren 1990 die Westdeutschen Leistung nicht stärker als die Ostdeutschen, sondern wider Erwarten schwächer. Und bei beiden Entscheidungen bewegen sich die Westdeutschen kaum, während die Ostdeutschen ein gutes Stück von der Leistung zur Gleichheit zurücklegen, so daß sich zwischen 1991 und 1995 der Unterschied nivelliert, um sich im Falle des Lebensstandards 1995 sogar umzukehren; die Landesteile entfernen sich wider Erwarten voneinander.

Ob man also, wie in der ALLBUS-Zeitreihe, isoliert auf eine Seite des Wertpaares blickt, oder ob man, wie in der ipos-Zeitreihe, Gleichheit und Leistung in zwei verschiedenen Perspektiven zur Entscheidung stellt – die Ergebnisse stimmen in einem entscheidenden und überraschenden Punkt überein. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung wird die Erwartung enttäuscht, daß den Westdeutschen Leistung und den Ostdeutschen Gleichheit lieber ist: Entweder haben die Westdeutschen nur eine geringfügig stärkere Vorliebe für Leistung; oder sie lassen sich darin sogar von den Ostdeutschen übertreffen. Aber auch in den folgenden Jahren schmilzt die Differenz nicht wie erwartet zusammen. Die ostdeutsche Zustimmung zu Leistung und Chancengleichheit nimmt kontinuierlich ab und die westdeutsche bleibt konstant, so daß entweder ein westdeutscher Vorsprung entsteht oder ein ostdeutscher Vorsprung zusammenschmilzt.

Tabelle 1: Die Entscheidung zwischen Gleichheit (Wert 7) und Leistung (Wert 1) bezüglich des Lebensstandards und des Einkommens in West- und Ostdeutschland, 1990-1995

						Verteilung						
Mittel			Standardabweichung			Leistung (1-2)			Gleichheit (6-7)			
W	O	d	W	O	d	W	O	d	W	O	d	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	
Lebensstandard												
1990	2.99	2.38	.61**	1.70	1.69	.01	44.9	67.0	-22.1	10.1	8.0	2.1
1991	3.08	3.03	.05	1.72	1.92	-.20	42.7	49.2	-6.5	11.1	14.3	-3.2
1992	3.11	3.24	-.13	1.67	1.94	-.27	40.9	43.8	-2.9	9.7	17.2	-7.7
1993	3.18	3.30	-.12	1.70	2.03	-.33	39.2	44.1	-4.9	10.7	19.2	-8.7
1995	3.24	3.49	-.25*	1.64	1.94	-.30	36.8	37.9	-1.1	10.7	20.0	-9.3
Einkommen												
1990	2.78	2.38	.40**	1.62	1.72	-.10	50.9	69.0	-18.1	7.7	9.7	-2.0
1991	2.84	2.76	.08	1.61	1.87	-.26	48.4	58.2	-9.9	8.3	12.5	-4.2
1992	2.91	2.98	-.08	1.59	1.91	-.32	45.2	52.7	-7.5	7.9	15.2	-7.3
1993	3.02	2.91	.11	1.63	1.85	-.22	43.0	53.6	-10.6	8.4	13.5	-5.1
1995	3.03	3.11	-.08	1.53	1.81	-.32	38.9	47.0	-8.1	7.0	14.6	-7.6

W = West, O = Ost, d = Differenz: positiv West größer.

** p < .001; * p < .01 im t-Test für Mittelwerte

Warum sind die Ostdeutschen anfänglich für das Leistungsprinzip begeistert, und warum nimmt diese Begeisterung kontinuierlich ab? Die Prägung durch die DDR, die „Sozialisation“, läßt sich an den Differenzen unmittelbar nach der Wiedervereinigung ermessen; sie war offenbar nicht stark oder sogar ganz anders als erwartet. Das spätere Anschwellen der Differenz muß durch die „Situation“, die Erfahrungen der Ostdeutschen in der Transformation, ausgelöst worden sein. Aber die „Situation“ schlägt sich nicht unmittelbar in den Werthaltungen nieder. Sie trifft auf Menschen, die schon bestimmte Wertüberzeugungen haben und mit ihnen die neue „Situation“ bewältigen müssen. In der „Situation“ hat die „Sozialisation“ gleichsam eine zweite Chance, ihre Wirksamkeit zu zeigen. Die „Sozialisation“ durch die DDR und die „Situation“ der Transformation *zusammen* müssen also erklären, warum die Ostdeutschen sich von den Westdeutschen entfernen.

Die DDR hat Leistung nicht im Namen der Gleichheit verbannt. Sie hat im Gegenteil versucht, das Leistungsmotiv zu fördern, obwohl der egalitäre Sozialismus das Leistungsprinzip nicht zulassen konnte; im Namen von Leistung wurden die Menschen moralisch zu mehr Arbeit angehalten, gerade weil unterschiedliche Arbeit nur in geringem Maße unterschiedlich belohnt werden konnte. Befragungen in Betrieben der DDR zwischen 1967 und 1990 zeigen daher (*Meulemann* 1996: 191-196), daß die Belegschaften immer wieder die mangelnden Möglichkeiten leistungsgerechter Bezahlung beklagen. Die Bevölkerung vermißte den Lohn der Leistung, die Selbstverwirklichung; aber der Staat schützte sie vor den Herausforderungen des Leistungsprinzips, dem Zwang zur eigenständigen Orientierung und zur Anpassung und dem Risiko des Scheiterns. Daß *wider Erwarten* die Ostdeutschen 1990 Chancengleichheit sehr oft bejahen, ergibt sich vermutlich daraus, daß das Leistungsmotiv überlebt hat, das Leistungsprinzip aber kaum gegolten hat; die DDR hat der Bevölkerung *zugleich* die Chance der Selbstverwirklichung durch Leistung versagt und die Erfahrung der Anforderungen und Risiken der Selbstverwirklichung erspart.

Nach 1990 wurden jedoch auch die Risiken des Leistungsprinzips erfahren: Die „Sozialisation“ durch die DDR, die das Leistungsmotiv moralisch einklagte, ohne das Leistungsprinzip auf den Prüfstand zu stellen, trifft auf eine „Situation“, die Argumente gegen das Leistungsprinzip liefert. An die Stelle staatlicher Arbeitsplatzgarantien trat der Arbeitsmarkt, auf eine planwirtschaftlich subventionierte Vollbeschäftigung mit einem verfassungsmäßig garantierten „Recht auf Arbeit“ folgte mit dem Umbau zur Marktwirtschaft eine hohe Arbeitslosigkeit. Und die Erfahrungen der „Situation“ dämpften die gleichsam unschuldige Begeisterung für das Leistungsprinzip. Daß *wider Erwarten* nach 1990 die ostdeutsche Zustimmung zur Chancengleichheit sich nicht von der westdeutschen entfernt, wird also daraus verständlich, daß die Ostdeutschen die Erfahrungen der Transformation im Lichte ihrer in der DDR erworbenen Wertvorstellungen sehen. Der Rückgang des Werts "Leistung" ergibt sich weder aus „Sozialisation“ noch aus „Situation“, aber aus dem Zusammenwirken beider.²

Warum aber entsteht in der ALLBUS-Zeitreihe aus einer Fast-Gleichheit ein westdeutscher Vorsprung, während in der ipos-Zeitreihe ein ostdeutscher Vorsprung zusammenschmilzt? Vermutlich liegt die Erklärung in der unterschiedlichen Erhebungsform. In der Zustimmungsfraße wird dem Befragten nur ein Wert, Leistung, vor Augen gestellt. Die hohe Identifikation der Westdeutschen und die immer noch hohe oder gar reaktiv verstärkte Identifikation der Ostdeutschen führen zur Fast-Gleichheit der Zustimmung. In der Entscheidungsfrage hingegen ist der Befragte zwischen zwei Werten gestellt. Die Zustimmung zur Leistung kann durch die Abneigung gegen die Gleichheit verstärkt werden. Beide Ent-

2 Genau besehen ist das selbstverständlich: „Sozialisation“ steht nie gegen „Situation“, sondern kann nur mit „Sozialisation und Situation“ verglichen werden; siehe hierzu: *Braun* 1993, *Pollack* 1998.

scheidungen konfrontieren Leistung nicht mit der Gleichheit der Chancen, sondern der Ergebnisse, die in der DDR besonders propagiert und als „materiale“ über die „bloß formale“ Gleichheit der Chancen gesetzt wurde. Unmittelbar nach dem Ende der DDR kann also das Motiv von der Gleichheit weg das Motiv zur Leistung hin verstärkt haben. Die doppelte Begrenzung der Entscheidungsfrage und die abstoßende Wirkung der „unteren“ Grenze könnte also dazu geführt haben, daß 1990 die ostdeutsche Identifikation mit Leistung bei der Entscheidungsfrage sogar noch höher ist als die westdeutsche.

Standardabweichungen in Entscheidungsfragen

Mittelwerte erzählen die Tendenz der Geschichte, die aber nur bei Zustimmungsfragen die ganze Geschichte ist. Wer mehr Gleichheit will, will weniger Ungleichheit; wer mehr Freiheit will, weniger Vorschriften und Regelungen. Aber wer mehr Leistung fordert und das Leistungsprinzip stärker durchsetzen will, will nicht weniger „Unleistung“. Vielmehr will er mehr soziale Differenzierung, mehr Chancengleichheit, vielleicht sogar mehr Ergebnishgleichheit, die ja das soziale Netz ist, die Risiken der vermehrten Chancengleichheit aufzufangen. In jedem Fall gerät, wer mehr Leistung fordert, in eine Auseinandersetzung mit den Facetten der Gleichheit und den aus ihnen ableitbaren politischen Programmen. Er bewegt sich nicht auf einer Skala der Intensität, sondern zwischen zwei Polen. In Entscheidungsfragen ist also, selbst wenn ihnen die gleiche Antwortskala unterlegt ist, etwas anderes gefordert als in Zustimmungsfragen: die argumentative Vermittlung zwischen zwei Werten. Wenn die Pole – wie im Falle der ipos-Zeitreihe – explizit benannt sind, können sie dezidierte Anhänger der einen oder anderen Seite zur raschen Wahl der Extreme provozieren, oder denen, die über viele Aspekte lange reflektieren, schließlich nur noch die Ausflucht des Mittelweges offen lassen. Diese Reaktionsformen aber werden erst in der Verteilung sichtbar. Bei Entscheidungsfragen verdient also die Standardabweichung ein besonderes inhaltliches Interesse. Sie erfaßt die Polarisierung einer Bevölkerung durch die Alternative.

Die Standardabweichungen der beiden ipos-Fragen zu Gleichheit und Leistung, die in den Spalten (4) bis (6) der Tabelle 1 wiedergegeben sind, bleiben nun in Westdeutschland konstant, aber sie wachsen in Ostdeutschland an, so daß sich Fast-Gleichheit 1990 in eine beträchtliche ostdeutsche Überlegenheit 1995 verwandelt. Die Entscheidung zwischen Gleichheit und Leistung bringt in beiden Landesteilen die Gemüter auseinander; aber nur in Ostdeutschland bringt sie die Gemüter *zunehmend* auseinander³ – so weit, daß sie sich in zwei Lager teilen.

3 Da eine Skala mit fester Unter- und Obergrenze und einem Mittelpunkt 4 vorgegeben war, müssen die Standardabweichungen kleiner werden, wenn sich die Mittelwerte auf die Extreme zu bewegen. Dieser künstliche Zusammenhang ist hier jedoch nicht ursächlich: Bei „Lebensstandard“ liegen die ostdeutschen Mittelwerte nur geringfügig näher bei 4, aber die ostdeutschen Standardabweichungen sind erheblich größer; bei

Die Verteilung der Antworten nämlich, die in den Spalten (7) bis (12) wiedergegeben ist, offenbart, daß die Ostdeutschen von 1991 bis 1995 nicht nur der Gleichheit, die ja Anhängerschaft gewinnt, sondern auch der Leistung, die ja Anhängerschaft verliert, stärker zustimmen als die Westdeutschen.⁴ Die Ostdeutschen versammeln sich mehr und mehr in den extremen, die Westdeutschen in den mittleren Kategorien – die westdeutsche Überrepräsentation in der Mitte läßt sich durch Summierung der Differenzen beider Extreme und Umkehrung des Vorzeichens leicht errechnen. Die Differenzen beider Extreme sind zudem, für 1991-1995 insgesamt, etwa gleich groß – unbeschadet der Tatsache, daß sich beim „Lebensstandard“ der Umschlag des Vorzeichens in der Verlagerung der größten Differenzen von der Leistung zur Gleichheit widerspiegelt. Die Polarisierung der Ostdeutschen ist weder marginal noch zufällig, und sie hält über vier Meßzeitpunkte an. Sie zeigt sich zudem nicht nur relativ zu den Westdeutschen, sondern an manchen Stellen auch mit Blick auf die ostdeutsche Verteilung allein: Für den „Lebensstandard“ 1993 und 1995 verteilen sich „Leistung-Mitte-Gleichheit“ ungefähr im Verhältnis 40:20:20 – was, bedenkt man die größere Anzahl mittlerer Kategorien, einer U-Verteilung nahekkommt.

Ein solches Ergebnis würde bei einer Zustimmungsfrage sehr überraschen. Wenn *ein* Wert bei einer Gruppe mehr Zustimmung als bei einer anderen findet, wie sollte er dann auch mehr Ablehnung hervorrufen? Die besondere Lebenssituation der Gruppe kann nicht gleichzeitig Zustimmung und Ablehnung desselben Werts provozieren. Aber in einer Entscheidung *innerhalb eines Wertpaares* kann die gleiche Situation, die eine Gruppe von einer anderen unterscheidet, Argumente hergeben, sich stärker für die eine wie die andere Seite zu entscheiden. Welche Erfahrungen nach 1990 lehren die Ostdeutschen sich stärker als die Westdeutschen zugleich mit Gleichheit und Leistung zu identifizieren?

Wenn die Ostdeutschen durch die DDR dem Leistungsprinzip nicht völlig entfremdet wurden, wenn sie aber erst nach der Wiedervereinigung die Zweischnidigkeit des Leistungsprinzips erfahren konnten, dann sollte gerade dieses Wechselbad sie für Leistung wie Gleichheit motivieren. Nicht alle Ostdeutschen konnten nach der Wiedervereinigung endlich ihre beruflichen Pläne verwirklichen – aber auch nicht alle sind arbeitslos geworden. Die „Vereinigungsgewinner“ haben allen Grund, sich nach wie vor oder sogar verstärkt mit dem Leistungsprinzip zu identifizieren; ihre Begeisterung wird durch Erfahrung, ihre „Sozialisation“ durch die „Situation“ bestätigt. Die „Vereinigungsverlierer“ haben jedoch allen Grund, gegen die unangenehmen Erfahrungen des Leistungsprinzips die Gleichheit der Ergebnisse zu mobilisieren, die ja in der DDR als Zielwert hoch geschätzt wurde und die in den alternativen Frageformulierungen angesprochen wird; ihre Begeisterung wird

„Einkommen“ liegen die westdeutschen Mittelwerte näher bei 4, dennoch sind die ostdeutschen Standardabweichungen größer.

4 Die Zusammenfassung der beiden jeweils extremen Vorgaben ist dafür nicht die Ursache, das negative Vorzeichen zeigt sich fast durchweg auch bei der Einzelbetrachtung.

enttäuscht, ihre „Sozialisation“ durch die „Situation“ überwältigt. Wenn die Erfahrungen der Ostdeutschen unmittelbar oder mittelbar, am eigenen Leib oder in der Anschauung von Nahestehenden und dem Bericht über Fremde, auch nur in einem geringen Maß diesen – unvermeidlich stereotypisierten – Linien gefolgt sind, dann muß sich die Einstellung zu Leistung und Gleichheit polarisiert haben.⁵

Die Ostdeutschen holen also Erfahrungen nach, die die Westdeutschen schon hinter sich haben. In der alten Bundesrepublik lehrte die Marktwirtschaft von Anfang an anschaulich die Chancen und Risiken des Leistungsprinzips, so daß jeder Westdeutsche die Spannungen zwischen Leistung und Gleichheit in sich hineinnehmen konnte. Das erklärt die konstante Standardabweichung und die relativ hohe Besetzung der mittleren Bewertungen in Westdeutschland. Die Ostdeutschen aber müssen Pro und Contra des Leistungsprinzips noch „internalisieren“, der entsprechende Rückgang der Standardabweichung steht hier wohl noch bevor. Vorerst aber gilt noch: Was in Westdeutschland Spannungen in den Personen sind, ist in Ostdeutschland eine Spannung in der Population.

Nur Wertpaare provozieren Konflikte

Wenn eine Polarisierung der ostdeutschen Bevölkerung, relativ zur westdeutschen, bei Zustimmungsfragen nicht zu erwarten ist, so ist sie auch bei Entscheidungsfragen nicht der Regelfall. Von den 9 Alternativen der ipos-Zeitreihe zeigen *gerade* die beiden Alternativen zu Leistung und Gleichheit die Polarisierung – *und keine anderen*. Ist die Polarisierung bei Leistung und Gleichheit ein zufälliges Ergebnis oder ist sie aus der Besonderheit der Entscheidung erklärbar? Steht nur hinter den beiden betrachteten Alternativen ein Wertpaar und hinter den anderen nicht? Analysieren wir die verbleibenden Alternativen.

„Eine Gesellschaft, die versucht, mit möglichst wenig Polizei auszukommen - eine Gesellschaft, in der eine starke Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgt“ und „Eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum fördert – eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum begrenzt“ – beide Alternativen könnte man ebenso gut als Zustimmung zu oder Ablehnung von viel oder wenig Polizei bzw. zur Begrenzung oder Förderung des Wirtschaftswachstums erfragen. Nicht eine Alternative steht zur Debatte, sondern ein Mehr oder Weniger auf ein und derselben Dimension – einerlei ob man sie nach dem einen oder anderen Ende oder nach beiden zugleich benennt. Der Befragte bewegt sich auf einer Linie, deren Länge durch die

5 Die prüfaren Hypothesen, die sich aus dieser Interpretation ergeben, liegen auf der Hand: Junge, Selbständige, Erwerbstätige sollten näher bei der Leistung stehen und sich mehr auf sie zu bewegen. PDS-Anhänger sollten näher bei der Gleichheit stehen und sich auf sie zu bewegen. Weil die PDS unangenehme Erfahrungen des Leistungsprinzips zugunsten der Gleichheit der Ergebnisse („Sozialismus“) mobilisiert, ist sie im Osten *zunehmend* erfolgreich, im Westen aber konstant erfolglos.

Zahl der Antwortstufen vorgegeben ist. Beide Alternativen sind Zustimmungsfragen im Gewande von Entscheidungsfragen.

„Eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft eher zentral geplant wird – eine Gesellschaft, die sich eher auf die Marktwirtschaft verläßt“ und „Eine Gesellschaft, in der der einzelne Bürger eher selbst für Alter und Krankheit vorsorgt – eine Gesellschaft, in der eher der Staat die Vorsorge für Alter und Krankheit des einzelnen übernimmt“ – auch diese beiden Alternativen zielen auf Mehr oder Weniger, aber nicht mehr auf einer Dimension: Zwei Ingredienzen sollen in einem optimalen Verhältnis – auf jeder Seite der Alternativen taucht „eher“ auf – gemischt werden. Man kann die Wirtschaft mehr über den Markt und entsprechend weniger Planung lenken und ein soziales Sicherungssystem mit mehr Staat und entsprechend weniger Eigenvorsorge konstruieren – so wie man einen Milchkaffee mit mehr Kaffee und weniger Milch mischen kann. Aber man kann die Alternative nicht auf eine der beiden Seiten reduzieren: Mehr Polizei ist das Gegenteil von weniger Polizei, und Wachstumsförderung das Gegenteil von Wachstumsbegrenzung, aber Planung nicht das Gegenteil von Markt, und Staat nicht das Gegenteil von Eigenvorsorge – so wenig wie Milch das Gegenteil von Kaffee. Beide Seiten müssen also benannt werden. Andernfalls verändert sich der Sinn der Frage: Es ist, als ob man „Wollen Sie mehr Milch?“ fragen würde, ohne daß der Kontext klar macht, daß „mehr Milch in den Kaffee“ gemeint ist. Der Kontext aber ist in Befragungen nicht offensichtlich und muß expliziert werden. Wenn aber die beiden Ingredienzen genannt sind und wenn klar ist, daß sie die beiden *einzigsten* Ingredienzen sind,⁶ dann ist ein Mehr des einen ein Weniger des anderen. Der Befragte bewegt sich nicht mehr auf einer Linie in einer Dimension, sondern auf der Diagonale eines Rechtecks. Aber er muß sich nicht zwischen zwei Werten entscheiden, die in vielen Dimensionen spannungsreich miteinander verbunden sind. Obwohl diese beiden Alternativen also zwei Dimensionen ansprechen, bleiben sie also, wie die beiden zuerst genannten, Zustimmungsfragen im Gewande von Entscheidungsfragen.

„Eine Gesellschaft, die dem technischen Fortschritt eher skeptisch gegenübersteht, weil er große Gefahren für die Zukunft birgt – eine Gesellschaft, die den technischen Fortschritt fördert, weil er die Zukunft sichert“ und „Eine Gesellschaft, die bei wichtigen politischen Entscheidungen die Bürger beteiligt, auch wenn es dabei zu Verzögerungen kommt – eine Gesellschaft, die wichtige politischen Entscheidungen den Verantwortlichen überläßt, die dann schnell entscheiden können“ – diese beiden Alternativen erläutern zwar jede Seite mit Argumenten. Aber die Argumente sind spiegelbildlich und bringen die Spannung zwischen zwei Werten nicht genügend zum Ausdruck. Bei der ersten Alternative ist das Argument

6 Im Falle der Alternative zwischen Staat und Eigenvorsorge kann man darüber streiten. Auch Dritte – Verwandtschaften, Verbände, „intermediäre Instanzen“ – können die Vorsorge übernehmen, so daß Fragen der Solidarität und Subsidiarität und damit die argumentativen Beziehungen zwischen Werten angesprochen sind. Die Frage ist allerdings so formuliert, daß dritte Instanzen und mehrere Werte außer Betracht bleiben.

nicht viel mehr als eine *Bedeutungsexplikation*: technischer Fortschritt gleich positive oder negative Zukunft; dadurch wird das Verständnis erleichtert, aber kein Konflikt zwischen Werten ausgedrückt. Ob nun aber eine Bedeutungsexplikation hinzugefügt wird oder nicht, die Alternative erfragt nur ein Mehr oder Minder in der gleichen Dimension. Bei der zweiten Alternative geht es um eine *empirische* Konsequenz der Bürgerbeteiligung, nicht aber um einen Konflikt mit einem anderen Wert, der von empirischen Fragen unabhängig ist. Ob die empirische Aussage zutrifft oder nicht, ob also Eliten allein wirklich schneller entscheiden als mit den Bürgern, steht natürlich nicht zur Debatte, sondern wird als gegeben vorausgesetzt. Dadurch reduziert sich die Alternative auf ein Mischungsverhältnis zweier Dimensionen. Obwohl diese beiden Alternativen also Argumente für jede Seite bringen, verbleiben auch sie also Zustimmungsfragen im Gewande von Entscheidungsfragen.

Bleibt als letztes die Alternative zwischen Ökonomie und Ökologie, die in der Tat ein weiteres wichtiges Wertpaar und einen weiteren Wertkonflikt moderner Industriegesellschaften berührt. Aber leider vergibt die Formulierung die Chance, die Spannung auch argumentativ auszudrücken. „Eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum über Umweltschutz stellt – eine Gesellschaft, die Umweltschutz über Wirtschaftswachstum stellt“ – diese Formulierung verzichtet auf Argumente und läßt die Alternative nackt, in der einfachsten Form der eindimensionalen Zustimmungsfrage stehen. Denn natürlich schließt die eine Überordnung die entgegengesetzte aus – so wie mehr Polizei weniger ausschließt. Wie hätte die Spannung zwischen Ökonomie und Ökologie ausgedrückt werden können? Ein Vorschlag: „Erst wenn das Wirtschaftswachstum stark genug ist, haben wir die Mittel, um auch die Umwelt wirksam schützen zu können – ein vernünftiger Umweltschutz bringt auch Arbeitsplätze und kurbelt daher die Wirtschaft an (oder: ohne einen vernünftigen Umweltschutz gefährden wir die Grundlagen unserer Wirtschaft und damit auch des Wachstums)“. Natürlich kann man über die Formulierungen streiten; sie sollen nur verdeutlichen, wie das Wertpaar in einer Entscheidungsfrage dargestellt werden kann, die auf die argumentative Spannung zwischen beiden Seiten eingeht.

In den beiden Alternativen zu Leistung und Gleichheit schließlich wird die argumentative Spannung zwar tatsächlich ausgedrückt: Bei „Lebensstandard“ heißt es auf der Seite der Gleichheit „auch wenn er (der einzelne) weniger leistet“. Aber bei „Einkommen“ fehlen Qualifizierungen auf der Seite der Gleichheit und bei beiden Fragen auf der Seite der Leistung, etwa der Art: „auch wenn die soziale Ungleichheit dadurch wächst“. Auch hier hätten also die Formulierungen auf die Spannung zwischen den beiden Werten genauer eingehen können. Aber auch die vorliegende, wenig scharfe Formulierung war offenbar präzise genug, die Polarisierung der Ostdeutschen zu Tage fördern. Das muß seinen Grund in der Sache haben: Gleichheit und Leistung sind *das* Wertpaar moderner Industriegesellschaften. Sie legitimieren die unvermeidliche Ungleichheit und sie binden auch den, der nicht

erfolgreich ist, an die Gesellschaft; denn jeder hatte ja eine Chance, und gegen extremen Mißerfolg schützt die Mindestgarantie der Gleichheit der Ergebnisse. Die Spannung zwischen Gleichheit und Leistung gehört zum Grundrepertoire der sozialen Erfahrungen eines jeden, so daß sie schon in den Worten mitklingt, auch wenn sie nicht ausdrücklich formuliert wird. Deshalb kann schon eine wenig explizite Entscheidungsfrage dem Befragten den Konflikt vergegenwärtigen. Deshalb zeigen allein die beiden Alternativen zu Leistung und Gleichheit eine Polarisierung der ostdeutschen Bevölkerung an.

Desiderate der Frageformulierung und der Auswertung

Nicht jede Alternative ist also eine Entscheidungsfrage. Die Benennung von Polen einer Skala, selbst die Explikation der Pole reicht nicht hin. Der Alternative muß vielmehr ein Wertpaar zugrundeliegen, und die Pole müssen mit Argumenten für die eine Seite expliziert werden, die auf die andere Seite Bezug nehmen, die also die Spannungen und Widersprüche des Wertpaars herausstellen – dies um so mehr, je weniger die Spannungen und Widersprüche des Wertpaars den Menschen nicht schon durch Lebenserfahrung selbstverständlich und nicht weiter erläuterungsbedürftig sind. Die ipos-Frage zur erwünschten Gesellschaft wird diesen Desideraten der Frageformulierung nur bei den beiden Alternativen zu Gleichheit und Leistung, auch dort aber nur zum Teil gerecht. Hier aber trifft die Frage offenbar einen Nerv, so daß sie nicht nur die Tendenz, sondern auch die Polarisierung der Bevölkerung zu Tage fördert.

Die ipos-Zeitreihe zur erwünschten Gesellschaft ist mehrfach ausgewertet worden (*Bauer-Kaase* 1993: 270, 1994: 293; *Klein* 1998; *Pollack / Pickel* 1998: 13). Aber es wurden nur Mittelwerte, keine Standardabweichungen berichtet. Zu den Desideraten der Frageformulierungen kommt also eines der Auswertung: Gerade bei Entscheidungsfragen lohnt sich der Blick auf Standardabweichungen. Wenn nicht nur Zustimmung im Gewande einer Entscheidung erfragt wird, sondern zwischen widersprüchlichen Werten gewählt werden muß, wenn der Wertkonflikt den Leuten auf den Nägeln brennt und man tatsächlich nicht „alles auf einmal haben kann“, dann legt die Standardabweichung den Grad der Polarität offen und ihre Entwicklung die Tendenz zur Polarisierung. Für Wertpaare ist es sinnvoll, zwei Linien der Entwicklung zu betrachten: die Tendenz und ihre Homogenität. Wer bei der Erhebung „oder“ vorgibt, läßt sich ein „und“ für die Auswertung auf: Er sollte Mittelwerte und Standardabweichungen betrachten.

Literatur

Bauer-Kaase, Petra, 1993. Die Entwicklung politischer Orientierungen in Ost- und Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung. 266-299 in: **Niedermayer, Oskar / Stöß, Richard** (Hg.). Wähler und Parteien im Umbruch. Opladen: Westdeutscher Verlag

Bauer-Kaase, Petra, 1994. Germany in Transition. The Challenge of Coping with Unification. 285-312 in: **Hancock, M. Donald / Welsh, Helga A.** (Hg.). German Unification. Processes and Outcomes. **Boulder** u.a.: Westview Press

Braun, Michael, 1993. Ideologie oder objektive Lage? ZUMA-Nachrichten 32: 7-21

Klein, Markus, 1988. Was bleibt von der friedlichen Revolution? Plebiszitäre Orientierungen im vereinten Deutschland. 155-176 in: **Meulemann** (Hg.), a.a.O.

Kluckhohn, Clyde, 1951. Values und Value Orientations in the Theory of Action: an exploration in Definition and Classification. 388-433 in: **Parson, Talcott / Shils, Edward** (Hg.). Toward a General Theory of Action. Cambridge: Harvard University Press

Meulemann, Heiner, 1996. Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation. Weinheim: Beltz

Meulemann, Heiner, (Hg.) 1998. Werte und Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske + Budrich

Pollack, Detlef, 1998. Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen. 301-318. In: **Meulemann** (Hg.), a.a.O.

Pollack, Detlev / Pickel, Gert, 1998. Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung. Aus Politik und Zeitgeschichte. B41-42/98: 9-23